

Behindertenpolitik in Finnland

Autor(en): **Könkkölä, Kalle**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung**

Band (Jahr): **31 (1989)**

Heft 1: **Grenzenlos**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157775>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Behindertenpolitik in Finnland

von Kalle Könkkölä

In modernen Gesellschaften werden Menschen mit einer Behinderung oft als Kranke betrachtet. Dieses zugeschriebene Leben in einem Patientenstatus enthebt Behinderte gewissen gesellschaftlichen Verpflichtungen und verunmöglicht ihnen ein Leben als aktive Mitglieder der Gesellschaft.

«Threshold» – Schwelle, Grenze, Eingang

1973 wurde in Finnland die Organisation «Threshold» (deutsch: Schwelle, Grenze, Eingang) mit dem Ziel gegründet, generell den Ausbildungsstand der Behinderten und spezifisch die Studienbedingungen zu verbessern. Später erweiterte die Organisation ihre Tätigkeit auf alle Bereiche des Lebens. Ihr heutiges Hauptanliegen ist die Gewährleistung der Menschen- und Zivilrechte für alle behinderten Menschen. Folgende Prinzipien liegen ihrem Engagement zugrunde:

1. Die Mitgliedschaft steht allen, sowohl Behinderten wie auch Nicht-behinderten, offen. Der Vorstand setzt sich aber ausschliesslich aus behinderten Menschen zusammen.
2. Menschen mit verschiedenen Behinderungsarten sollen auf gemeinsame Ziele hin zusammenarbeiten, damit eine gegenseitige Unterstützung und eine Bündelung der Aktivitäten möglich wird, während die Aufsplitterung nach Behinderungsarten meist wirkungsschwach bleibt.
3. Dienstleistungen werden nicht von der Organisation selbst angeboten, da sie sämtliche Ressourcen der Organisation schlucken würden. Ihre Kräfte sollen dagegen im öffentlichen Bereich eingesetzt werden, um auf Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und gegen sie anzukämpfen. «Threshold» erachtet es als ihre Hauptaufgabe, die Bevölkerung für eine Verantwortung gegenüber Behinderten zu sensibilisieren.
4. Behinderte sind selbst Experten ihrer Situation. Es ist wichtig, dass jene Behinderten, die eine höhere Ausbildung absolvierten und sich nach gesellschaftlichen Massstäben qualifizieren, die Interessen der Behinderten als Gesamtgruppe vertreten.
5. Erfolge in unserer Arbeit sind von Aktivitäten auf höchster politischer Entscheidungsebene abhängig. Wir versuchen deshalb, die Ziele unserer Arbeit auch in diesen Gre-

mien zu formulieren und differenziertere Lösungsvorschläge anzubieten.

Politische Konsequenzen

Behinderte können durch ihren Einfluss die Einhaltung der Menschen- und Zivilrechte sichern. Unsere Erfahrungen in Finnland zeigen, dass diese Möglichkeiten bestehen, sofern die Anliegen mit Bestimmtheit und Durchhaltewillen verfolgt werden. Wir lernten, unsere Wünsche sehr präzise zu formulieren, z.B. eine Rampe, eine automatische Türe oder Tarifverbilligungen für Telefongespräche. Kompromisse überlassen wir den Entscheidungsträgern. Unsere Anliegen sind klar und unmissverständlich formuliert, sie sollen nicht in pauschaler Weise an die Gefühle appellieren und die Gleichberechtigung zum Ziel haben.

Ich bin Mitglied im Parlament, wo ich die Gruppe behinderter Menschen vertrete. Finnland ist eine Mehrparteiendemokratie in skandinavischem Stil. Die zehn politischen Parteien gewährleisten jedoch kaum eine politische Vielfalt, gleichen eher jener Vielfalt, wie sie zehn verschiedene Supermärkte verkörpern, liegen also näher bei der «Einfalt». Doch auch in dieser Einhelligkeit werden die Rechte behinderter Menschen missachtet. Im

Dezember 1982 entschied sich eine Gruppe politisch aktiver behinderter Bürgerinnen und Bürger, als Parteiunabhängige für das Parlament zu kandidieren. Dazu mussten wir in kurzer Zeit eine politische Organisation auf die Beine stellen, um die gesetzlichen Bedingungen zu erfüllen. Einer unserer Vertreter schaffte diese Wahl.

Der Weg, direkt in politische Entscheidungsprozesse einzugreifen, bewährte sich. 1984 war dieselbe Bewegung in den Kommunalwahlen sehr erfolgreich. Jetzt sind wir in den verschiedenen politischen Gremien gut vertreten.

In Finnland läuft seit 1984, wie auch in zahlreichen anderen Industrieländern, eine Entwicklung in Richtung Dezentralisierung. Diese Verlagerung beeinflusst auch unsere Arbeit. Die verstärkte Konzentration auf lokale Aktivitäten ermöglicht es uns, die konkrete Lebenssituation einzelner behinderter Menschen besser zu erfassen. Es gilt aber auch, wachsam zu sein, ob die lokalen Behörden ihre Verantwortung behinderten Menschen gegenüber wahrnehmen, denn die Gesamtlage ist jetzt viel schwieriger zu überblicken. Dezentralisierung hilft nichts, wenn eine unsensible Zentralregierung durch eine unsensible Lokalbehörde abgelöst wird.

Aufgrund der dargestellten Situation

sehen wir drei verschiedene Arten des Engagements durch die Behindertenorganisationen:

1. Die Kandidaten für politische Ämter kandidieren als Parteilose, aber als Vertreter der Behinderten.
2. Behinderte kandidieren innerhalb einer offiziellen politischen Partei. Dieser Weg braucht viel Durchsetzungskraft, kann aber sehr effektiv sein.
3. Das indirekte politische Engagement durch die aktive Arbeit Betroffener in Behindertenorganisationen als Interessengruppen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Diese Arbeit kann sehr effektiv sein und lässt sich auch mit beschränkten Ressourcen aufbauen.

Motive zum Politisieren

Das wichtigste Instrument zur Veränderung unserer Gesellschaft ist der Mensch selbst. Ich bin überzeugt, dass die Kommunikation auf persönlicher Ebene der erste Schritt zur Veränderung ist. Persönliches Engagement kann vielen Menschen die Augen öffnen. Ich glaube, dass mein Fernsehauftritt bei der Übertragung des Präsidenten-Empfangs am Unabhängigkeitstag wohl meine wichtigste politische Aktion war: Dort sah man mich

im Rollstuhl mit meiner Frau tanzen. (Dabei sind auch solche politische Handlungen nicht immer ganz einfach.)

Wenn behinderte Menschen in Entscheidungsgremien real beteiligt sind, ist die Gefahr geringer, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse nicht in den Entscheidungen vergessen werden. Das bedingt allerdings, dass Behinderte ihre Forderungen auch wirklich einbringen können. Dazu bedürfen sie einer konsequenten Unterstützung durch die Behindertenorganisationen.

Internationale Kongresse sollten den langfristigen Aufbau eines internationalen Netzes von Solidarität fördern helfen. Die Wahrnehmung und Bewusstmachung einer weltweiten Behindertengemeinschaft wirkt der Diskriminierung entgegen. Die Solidarität muss ihre Perspektive erweitern. Sie existiert nicht, wenn sie den Nachbarn in unserer Alltagswelt oder die Menschen auf der anderen Seite der Erdkugel missachtet.

*Übersetzung/Bearbeitung:
Belinda Mettauer*